

Landratsamt Kitzingen  
- Straßenverkehrsbehörde -  
Kaiserstr. 4 – 8  
97318 Kitzingen  
Tel. 09321/928 4301  
Fax 09321/928 4399

Eingangsstempel der Behörde

Ich beantrage/Wir beantrage/n ggf. unter Beilage entsprechender Pläne und Versicherungsnachweise<sup>\*)</sup>

- die Erteilung einer Erlaubnis für die Durchführung einer Veranstaltung auf öffentlicher Verkehrsfläche gem. § 29 Abs. 2 Straßen-Verkehrs-Ordnung (StVO)
- den Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung zur Durchführung nachstehend bezeichneter Veranstaltungen

Antragsteller/Anschrift

vertreten durch (Name, Vorname)

Telefon-Nr.

TeleFax-Nr.

Verantwortlicher Leiter der Veranstaltung

Art, Anlass und Beschreibung der Veranstaltung/Bei Umzügen zusätzlich Anzahl der Teilnehmer/Fußgruppen/Fahrzeuge, auf deren Ladefläche Personen befördert werden (ggf. Zusatzblatt<sup>\*)</sup>)

Beginn (Ort, Datum, Uhrzeit)

Ende (Ort, Datum, Uhrzeit)

Bezeichnung der in Anspruch zu nehmenden Straßen/öffentlichen Verkehrsflächen/Umzugsverlauf (ggf. Zusatzblatt<sup>\*)</sup>)

Hinsichtlich der von mir beantragten Veranstaltung erkläre ich Folgendes:

1. Mir ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. § 18 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) darstellt und ich als Erlaubnisnehmer alle Kosten zu ersetzen habe, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.
2. Mir ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die Straßenverkehrsbehörde keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.
3. Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichte ich mich diese zu erstatten.
4. Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von Haftpflichtversicherungen sowie ggf. notwendigen Unfallversicherungsschutz bin ich informiert. Mir ist bekannt, dass es sich bei den in der vorgenannten Verwaltungsvorschrift aufgeführten Versicherungssummen lediglich um Mindestversicherungssummen handelt. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten Versicherungsschutz stelle ich zur Verfügung bzw. habe ich bereits zur Verfügung gestellt. Mir ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.

Ort, Datum

Unterschrift des verantwortlichen Antragstellers

Stellungnahme der Stadt/Markt/Gemeinde <sup>\*)</sup> \_\_\_\_\_

Die Kommune vollzieht im Rahmen einer Sonderbaulastvereinbarung mit dem Straßenbaulastträger die verkehrsrechtliche Anordnung für die Veranstaltung.

Datum der Sonderbaulastvereinbarung: \_\_\_\_\_

Ort, Datum

Unterschrift